

Leopoldo Nuti/Frédéric Bozo/Marie-Pierre Rey u.a. (Hrsg.), *The Euromissile Crisis and the End of the Cold War*, Woodrow Wilson Center Press/Stanford University Press, Washington/Stanford 2015, XI + 401 S., geb., 65,00 \$.

Die Ost-West-Beziehungen gerieten nach der Hochphase der Entspannung seit Ende der 1970er-Jahre in eine tiefe Krise. Einer der Anlässe des „Zweiten Kalten Kriegs“ war der NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979. Er sah die Stationierung von 108 Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und 464 Marschflugkörpern in Westeuropa als Gegengewicht zu den bereits stationierten sowjetischen SS-20-Raketen vor. Gleichzeitig wurden der Sowjetunion Verhandlungen über eine beiderseitige Reduzierung dieser Waffen angeboten. Der Doppelbeschluss wurzelte zwar in der internationalen Politik, er wirkte jedoch auch auf die Gesellschaften in Ost und West, die dadurch buchstäblich in Bewegung gesetzt wurden. Aus Anlass des Doppelbeschlusses kam es zu zahlreichen Großdemonstrationen, insbesondere in Westeuropa, und eine breite gesellschaftliche Protestkultur entstand. Nachdem sich die Politikwissenschaft schon in den 1980er-Jahren diesem Thema gewidmet hat, wird es seit einigen Jahren auch von der zeithistorischen Forschung behandelt. Hier ist auch der vorliegende Sammelband einzuordnen, der auf eine Tagung in Rom vom Dezember 2009 zurückgeht.

Anders als die Herausgeber schreiben, handelt es sich freilich nicht um „the first scholarly attempt“ (S. 2), diesen Ereignissen gerecht zu werden. Ein deutschsprachiger Sammelband, der von den Herausgebern gar nicht und von nur wenigen Beiträgern zur Kenntnis genommen wird, hat bereits 2011 dieselbe Thematik in internationaler und deutsch-deutscher Perspektive behandelt.¹ Der vorliegende vornehmlich von anglo-amerikanischen Forschern verfasste Band ist insbesondere einer politikgeschichtlichen Perspektive verpflichtet.

Nach einem Überblicksaufsatz zur Dynamik der Raketenkrise von 1977 bis 1983 von David Holloway, der den Schwerpunkt auf die Supermächte legt, aber auch die Bundesrepublik und die Friedensbewegung angemessen berücksichtigt, gliedert sich der Band in drei Teile. Zunächst geht es um die „Sicht des Ostens“, danach um die „Sicht des Westens“ und abschließend um „Zivilgesellschaft, öffentliche Meinung und den Kampf der Ideen“.

Die durchweg äußerst aufschlussreichen Aufsätze des ersten Teils beleuchten ausschließlich die sowjetische Politik. So zeigt Jonathan Haslam, dass die Stationierung der SS-20 in der Sowjetunion vom Militärisch-Industriellen Komplex vorangetrieben wurde. Verteidigungsminister Dmitri Ustinow erhielt zwar die Zustimmung Leonid Breschnews und Andrei Gromykos, ohne dass jedoch das Politbüro einen entsprechenden Beschluss fasste. Gedacht war durchaus an neue militärische Optionen gegenüber Westeuropa; da Moskau jedoch nur Washington als gegnerische Weltmacht im Blick hatte, rechnete man dort nicht mit der Reaktion Helmut Schmidts und der Westeuropäer. Demgegenüber verdeutlicht Dmitry Adamsky, wie besorgt die sowjetische Führung in den frühen 1980er-Jahren über einen möglichen westlichen Angriff war. Daraus resultierte zwar die „Operation Rjan“, der zufolge die sowjetischen KGB-Residenturen im Westen systematisch allen möglichen Hinweisen für die Planung eines westlichen atomaren Raketenangriffs nachgehen sollten. Dennoch stellt Adamsky klar, dass der KGB in der NATO-Stabsübung „Able Archer 83“ keineswegs eine verdeckte Operation für einen Überraschungsangriff sah. Die der Gorbatschow-Ära gewidmeten Beiträge von Elizabeth Charles und Svetlana Savranskaya zeigen die sicherheitspolitische Umorientierung Moskaus nach 1985. Während Savranskaya darlegt, wie sich Gorbatschows Gedankenbildung im Zusammenspiel von Experten und Beratern, aber auch durch Kontakte zu westlichen Führungspersonlichkeiten und unter dem Eindruck des Desasters von Tschernobyl entwickelte, analysiert Charles gründlich die Entscheidung Gorbatschows vom Februar 1987, die Forderung nach einer Abschaffung von Strategic Defense Initiatives

¹ Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in internationaler und deutsch-deutscher Perspektive*, München 2011.

(SDI) vom Angebot einer Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen in Europa zu entkoppeln. Nur der Beitrag von Malcom Byrne, „The Warsaw Pact and the Euromissile Crisis“, hält nicht, was er verspricht. Denn es geht darin mehr um die Probleme des Warschauer Pakts und die sowjetische Führungsrolle um 1980 und überhaupt nicht um die „Raketenkrise“ als Problem innerhalb des Bündnisses.

Die „Westsicht“ auf die Ereignisse wird vor allem von Ausführungen zum westdeutsch-amerikanischen Verhältnis dominiert; berücksichtigt werden darüber hinaus nicht nur die westeuropäischen Mittel-mächte Großbritannien, Frankreich und Italien, sondern ebenfalls die Niederlande sowie die Rolle des norwegischen Verteidigungsministers Johan Jørgen Holst. William Burr beleuchtet den beginnenden westdeutsch-amerikanischen Gegensatz der Jahre 1975/76 über die Reaktion auf die sowjetische nukleare Überlegenheit in Europa, der vor allem an den Debatten der Nuclear Planning Group der NATO deutlich wird. Das wird leider fast ausschließlich aus amerikanischer Sicht geschildert – die publizierten westdeutschen Quellen aus den Bänden der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (AAPD) werden kaum genutzt. Kristina Spohr, die sich im Anschluss dem Konflikt zwischen Helmut Schmidt und Jimmy Carter zuwendet, kann zu diesem Thema einiges Neue zutage fördern, da sie detailliert auf die Beratungen der High Level Group in der NATO eingeht. Ob Hans-Dietrich Genscher allerdings so klar dafür eintrat, erst nachzurüsten und dann zu verhandeln, erscheint allerdings zweifelhaft. Fragwürdig ist auch die These, der zufolge der Doppelbeschluss „contained the seeds of failure“ (S. 154). Gewiss, die Genfer Verhandlungen wurden 1983 ergebnislos abgebrochen – aber die Nachrüstung bewirkte letztlich, dass es 1987 zum INF-Vertrag kam, der erstmals die kontrollierte Vernichtung einer ganzen Waffenkategorie vorsah. Spohr nutzt zwar die AAPD ausgiebig, vernachlässigt allerdings den maßgeblichen Beitrag vom Tim Geiger zu dem Thema, der in dem erwähnten Band von 2011 erschienen ist.

Neben der Bundesrepublik war, wie Kristan Stoddart überzeugend darlegt, Großbritannien ein „key player“ in Vorbereitung und Durchführung des Doppelbeschlusses. Stoddart sieht dessen Ursprung nicht in Schmidts Rede im Institute for Strategic Studies von 1977, sondern in einem Brief des britischen Verteidigungsministers Fred Mulley an dessen amerikanischen Amtskollegen Harold Brown vom August 1977, worin dieser skizzierte, die Nuklearstrategie der NATO müsse ein „seamless robe of deterrence“ entwickeln (S. 185). In der Sache verfolgte Schmidt freilich dasselbe Ziel, was bei Stoddart allerdings nicht so klar wird. Frédéric Bozo schließlich widmet sich der französischen Politik, den Doppelbeschluss zu unterstützen, ohne sich in der NATO zu stark zu engagieren. Er verfolgt diese bis Mitte der 1980er-Jahre und verdeutlicht, dass François Mitterrand, im Unterschied zu seiner Regierung, Gorbatschow vertraute und diesem ein „genuine interest in disarming“ unterstellte (S. 208). Aufschlussreich sind ebenfalls die Aufsätze von Leopoldo Nuti zur italienischen Haltung und von Giles Scott-Smith zu den Niederlanden. Während Italien der Ausschluss aus den Beratungen der „Großen Vier“ in Guadeloupe als „veritable humiliation“ (S. 234) bewertete und nicht zuletzt deshalb zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen bereit war, akzeptierten die Niederlande den Doppelbeschluss, verschoben aber dessen Umsetzung so lange, bis eine Stationierung aufgrund des INF-Vertrags nicht mehr erforderlich war.

Im dritten, eher der gesellschaftsgeschichtlichen Dimension gewidmeten Teil untersucht Maria Guasconi zunächst die öffentliche Meinung zur Raketenkrise in Westeuropa. Hier kann sie viel Bekanntes anhand der „Eurobarometer“-Umfragen belegen. Überraschend ist jedoch, dass 1980 die Furcht vor dem Ausbruch eines Nuklearkriegs sehr viel stärker verbreitet war als 1983. Hervorzuheben ist vor allem der Hinweis, dass infolge der öffentlichen Debatte Sicherheitspolitik von einem Thema des Elitendiskurses zu einem des allgemeinen öffentlichen Diskurses wurde. In Polen, so Idesbald Goddeeris und Małgorzata Świder, lehnten Oppositionelle und Dissidenten in der Regel die Forderungen der westlichen Friedensbewegung ab, da diese sich nicht um die Menschenrechte in Osteuropa kümmerte. Holger Nehring vertritt in seinem Beitrag die These, dass die Bedeutung der Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten „lay in changing what societies thought about the nature of peace and war and the role of nonviolence for the resolution and management of both domestic and international conflicts“ (S. 312). Der Kalte Krieg, so Nehring weiter, sei ein Konflikt gewesen, der auf Debatten über das Wissen nuklearer Zerstörung fokussiert gewesen sei, und habe so dazu beigetragen, „Frieden“ als „political-cultural norm in German domestic and foreign policy“ zu etablieren (S. 324). Das ist durchaus plausibel. Allerdings neigt Nehring dazu, die Unterschiede zwischen der west- und der ostdeutschen Friedensbewegung, die ja in völlig unterschiedlichen Umgebungen agierten, etwas einzuebnen. Zwei

Beiträge von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt zu unterschiedlichen Aspekten sozialdemokratischer Politik runden den Band ab. Während Rother zeigt, wie der Doppelbeschluss die Sozialistische Internationale in die SPD-dominierte „Scandilux“-Gruppe und die vom französischen Parti Socialiste dominierte „Eurosud“-Gruppe spaltete, geht Schmidt detailliert auf die vor allem von der Palme-Kommission in die Diskussion eingebrachten Vorstellungen „gemeinsamer Sicherheit“ ein, die vor allem auf Egon Bahr zurückgingen. Er relativiert allerdings zu Recht deren Bedeutung für den INF-Vertrag und betont, dass das Festhalten der NATO am Doppelbeschluss und die Durchsetzung der Stationierung nach 1983 für dessen Zustandekommen entscheidend waren.

Insgesamt handelt es sich um einen äußerst wichtigen Band, der die Forschung zur Raketenkrise vor allem aufgrund seiner durchweg archivgestützten Beiträge ein großes Stück weiter bringt. Allerdings wird oftmals der Forschungsstand nicht hinreichend reflektiert; die deutschsprachige Forschung findet, was für anglo-amerikanische Bücher leider nicht ungewöhnlich ist, nur in einigen wenigen Aufsätzen ihren Niederschlag. Als letztes Manko sei das Fehlen eines Abkürzungsverzeichnisses genannt: Das ist in einem Werk, in dem es von NATO-Abkürzungen nur so wimmelt, völlig unverzichtbar.

Hermann Wentker, Berlin

Zitierempfehlung:

Hermann Wentker: Rezension von: Leopoldo Nuti/Frédéric Bozo/Marie-Pierre Rey u.a. (Hrsg.), *The Euromissile Crisis and the End of the Cold War*, Woodrow Wilson Center Press/Stanford University Press, Washington/Stanford 2015, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81799>> [29.11.2016].